



Radikales Aufarbeiten

Mit seinem Film „Shoah“ schrieb Claude Lanzmann Filmgeschichte. Nun ist er in Paris verstorben. Seite 16

Foto: AFP/Jaßen

Freitag, 6. Juli 2018 Nummer 183

11



Sorge mit seinem Auftritt bei einer Veranstaltung der AfD für Wirbel: der freileitliche oo. Landesrat Einar Podgorschek. Foto: APA/Hochmuth

Forderung nach Rücktritt

Linz – SPÖ und Grüne haben gestern im oberösterreichischen Landtag einen dringlichen Antrag eingebracht, mit dem sie einen Rücktritt von Landesrat Einar Podgorschek (FPÖ) erreichen wollten. Er dürfte keine Mehrheit bekommen; zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe war aber noch kein Ergebnis bekannt.

Podgorschek hatte mit einer Rede bei einer Veranstaltung der AfD in Deutschland kürzlich für Wirbel gesorgt. Unter anderem forderte er die „Neutralisierung des ORF“, bezeichnete die Justiz als „völlig linksgepolit“ und verglich die Grünen mit den Jakobinern: „Wenn sie könnten, würden sie uns alle an die Guillotine schicken.“ Er warnte aber auch vor dem Koalitionspartner ÖVP: „Traue keinem Schwarzen.“ Für

Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) war das Thema nach einer Aussprache mit Podgorschek und FPÖ-Landesobmann Manfred Haimbuchner erledigt. Die SPÖ und die Grünen forderten hingegen den Rücktritt des Landesrates, weil er „die Säulen der Demokratie angegriffen und dem Land Schaden zugefügt habe“.

Ein Misstrauensantrag gegen ein Mitglied der Landesregierung ist in der Landesverfassung nicht vorgesehen. Deshalb brachten SPÖ und Grüne den dringlichen Antrag ein, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Sondersitzung abzuhalten und die Geschäftsverteilung so zu ändern, dass die Podgorschek unterstellten Agenden anderen Regierungsmitgliedern zugeteilt werden. (TT, APA)

Arbeitszeit-Ausweitung kommt früher als gedacht

Die Arbeitszeitflexibilisierung wurde von ÖVP, FPÖ und NEOS beschlossen. Das neue Gesetz tritt bereits am 1. September in Kraft.

Von Cornelia Ritzer

Wien – Knapp fünf Stunden dauert die finale Debatte zur Arbeitszeitflexibilisierung. Fünf Stunden, in denen das Parlament lebendig, leidenschaftlich und laut ist. Es gibt Aktionismus – sowohl SPÖ als auch die Koalitionsparteien ÖVP und FPÖ halten zeitweise Tafel mit Botschaften in die Höhe. Ist es bei der Opposition ein Nein zu 12-Stunden-Tag sowie 60-Stunden-Woche in Stopp-tafel-Ästhetik, werden von den Regierungsparteien auf großen Zetteln die „8 Stunden am Tag“ sowie die „Freiwilligkeit garantiert“. Es setzt Ordnungsrufe von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) – der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus muss den Ausdruck „Hooligan-Sektor“, gerichtet an die SPÖ-Fraktion, zurücknehmen. Und teilweise kochen die Emotionen derart hoch, dass Sobotka die Klubobleute zur beruhigenden Stehpräsidiale rufen musste (siehe Bild).

Ein Grund für den oppositionellen Ärger ist das überraschende Vorziehen des neuen Gesetzes auf den 1. September, das erst knapp vor Sitzungsbeginn öffentlich wird. Damit werde „der ganze parlamentarische Prozess schlechtgemacht“, sagt ein verärrter SPÖ-Klubchef Andreas Schieder. Die Eile – ursprünglich war die Ausdehnung der Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche ab 1. Jänner 2019 geplant – wird von FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz begründet: „Wir wollen die Zeit der Ver-



Die Klubobleute der Opposition beschwerten sich bei Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) über ÖVP und FPÖ und darüber, dass die neue Frist des Inkrafttretens über die Medien kommuniziert wurde. Foto: APA/Schlager

„Wir wollen die Zeit der Verunsicherung beenden und den Wahrheitsbeweis antreten.“

Walter Rosenkranz (FPÖ-Klubobmann)

„Das ist ein Angriff auf die Arbeitnehmer. Sie werden das Thema nicht loswerden.“

Christian Kern (SPÖ-Chef)

unsicherung beenden und den Wahrheitsbeweis bei der Bevölkerung antreten.“ ÖVP-Klubobmann August Wöginger erklärt das Vorziehen damit, dass mit dem Gesetz „Arbeiterrechte“ abgesichert würden.

SPÖ-Chef Christian Kern erkennt bei der Ausweitung der Arbeitszeit die „massive Verschlechterung seit drei

Jahrzehnten“, das Gesetz sei „ein Angriff auf die Arbeitnehmerrechte“. Das eilige Inkrafttreten des Gesetzes sei zwar „ein Schlag ins Gesicht“ der 100.000 Teilnehmer der in der Vorwoche vom ÖGB organisierten Demo, aber: „Sie werden das Thema nicht mehr loswerden.“ Auch ÖGB-Chef Wolfgang Katzin verspricht dann als letzter Red-

ner der Debatte: „Wenn Sie die Gewerkschaft brechen wollen, wird das eine Auseinandersetzung geben.“ Und man werde „das Scheinverflicht auf die Besteller dieses Gesetzes werfen“, deutet Katzin Probleme für die Arbeitgeber, also Streiks an. Und NEOS-Klubobmann Matthias Strolz prangert dann das Vorgehen der Regierung an, das Gesetz sei aber trotz Fehlern besser als der Status quo.

Kurz nach 15 Uhr geht die von der SPÖ gewünschte namentliche Abstimmung über die Bühne. Das Gesetz findet die Mehrheit mit Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS.

Personalstopp und Ausgabenbremse

Wien – Die Zusammenlegung der Sozialversicherungen sowie die Fusion der neun Gebietskrankenkassen zu einer Gesundheitskasse sorgt seit Monaten für heftige Diskussionen. Im Herbst will die türkis-blaue Bundesregierung die Reform beschließen. Doch bereits beim Parlamentskehrsausschuss soll ein Ausrufezeichen gesetzt werden: Die Regierung steigt auf die Ausgabenbremse und verordnet den Kassen einen Personal- und Baustopp.

Im Hintergrund basteln ÖVP und FPÖ bereits seit Tagen an einem Antrag, der noch in der aktuellen Parlamentssession behandelt wird. Dabei geht es um die Regierungsvorstellung um ein Signal. Ab jetzt bis Ende 2019 wird beim Personal ein Riegel vorgeschoben. Offenbar be-



Die Reform bei den Kassen wirft Schatten voraus. Foto: Böhmi

fürchtet die Regierung vor der Zusammenlegung vermehrt Personalaufnahmen in den Kassen. Das wird aber in den Sozialversicherungen heftig demütiert, hinter vorgehaltener Hand spricht man vielmehr von einem Muskelspiel der Regierung. Die Versicherungsträger und der Hauptverband werden angehalten, streng nach den Grundsätzen einer einkommenorientierten Ausgabenpolitik vorzugehen, so ÖVP und FPÖ. (pn)

Kaum rechtliche Hürden fürs Gesetz

Wien – Das Gesetz zur Arbeitszeitflexibilisierung wurde gestern beschlossen. Kommen Donnerstag, den 12. Juli, findet die Abstimmung über das Gesetz im Bundesrat statt. Vor allem die Gewerkschaft setzt Hoffnungen auf die Länderkammer. Doch die Möglichkeiten der 61 Bundesräte sind

begrenzt. Mehr als ein „aufschiebendes Veto“ kommt ihnen nicht zu, erklärt der Verfassungsexperte Werner Zögmert. Der Jurist war langjähriger ÖVP-Klubdi- rektor und ist nun Präsident des Instituts für Parlamentarismus. Aufschiebendes Veto bedeutet: Eine Mehrheit kann das Gesetz in den

Nationalrat zurückschicken, doch per Beharrungsbe- schluss kann es dort trotz- dem in Kraft treten. Somit könnte auch der Bundesrat ein Gesetz auf Dauer nicht verhindern. Und die Kom- petenzen des Bundespräsi- denten? Alexander Van der Bellen könnte einen Fehler beim Gesetzgebungsprozess

beanstanden – sonst ist seine Aufgabe, nur das Ver- fahren bestätigen, so Zögmert. Die meisten Gesetze (etwa drei Viertel) kommen als Regierungsvorlage ins Pa- rlament, der Rest – wie das neue Arbeitszeitgesetz – per Initiativantrag. Laut Zög- mert vor allem dann, wenn es „schneller gehen soll“. (ritz)

BLICK ZURÜCK

1608 In einem Majestäts- brief gewährt Kaiser Rudolf II. den böhmischen Ständen das Recht auf freie Religions- ausübung. Die Missachtung dieser Verfügung führt zehn Jahre später zum Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges.

KURZ ZITIERT

„Der Staat und die Mächtigen gehören kontrolliert.“

Christoph Wiederkehr, designerter Klubchef der Wiener NEOS, über sein Politikverständnis.

GEBURTSTAG

6. Juli. Bodo Kirchhoff, deutscher Schriftsteller, wird heute 70 Jahre alt. 2016 erhielt er für „Widerfahrnis“ den Deutschen Buchpreis. Vor Kurzem erschien sein autobiografischer Roman „Dämmer und Aufruf“.

ZAHLE DES TAGES

80

Häuserabriss sind nach einer Bauordnungsnovelle in Wien gestoppt worden. Eine architektonische Beurteilung durch die Behörde ist nötig.

SO FINDEN SIE

Herzlichkeiten Seite 18
Schwedenrätsel Seite 18
Sudoku Seite 18
Mail Kulturredaktion..... kultur@tt.com
Telefon TT-Club 05 04 03-1800
Telefon Abo 05 04 03-1500
Fax Service 05 04 03-3543

Tiroler Tageszeitung ONLINE

Infos zu Arbeitsmarkt und Weiterbildung

Mehr zu Ausbildungsmöglichkeiten und Stellenmarkt auf tt.com

jobs.tt.com